Baden-Württemberg: Queere Community erreicht wichtigen Teilerfolg beim Datenschutz

14. November 2026

Eine Petition mit mehr als Unterstützer*innen, zahlreiche Protestaktionen und das Engagement queerer Organisationen zeigen Wirkung bei der geplanten Meldeverordnung.

Engagement zeigt Wirkung! Die Petition „Kein Zwangsouting von trans*, nicht-binären und inter* Menschen“ des Queeren Netzwerks Baden-Württemberg hat breite Unterstützung erfahren. Mehr als Menschen haben sich für den Schutz sensibler persönlicher Daten eingesetzt.

Ende Oktober kündigte das baden-württembergische Innenministerium eine wichtige Kurskorrektur an: Änderungen des Geschlechtseintrags sollen künftig nicht automatisch an die Polizei übermittelt werden. Ein bedeutender Teilerfolg für den Schutz der Privatsphäre und die Selbstbestimmung von trans*, inter* und nicht-binären Menschen.

Dieser Erfolg ist auch dem großen Engagement zahlreicher trans und queerer Organisationen zu verdanken.* Über Monate hinweg setzte sich ein breites Bündnis aus mehr als 40 Organisationen, Initiativen und engagierten Einzelpersonen für eine Überarbeitung der geplanten Meldeverordnung ein.

Besonders hervorzuheben sind das Queere Netzwerk Baden-Württemberg als Initiator der Petition, Mission TRANS* e.V. sowie der LSVD⁺ Baden-Württemberg. Gemeinsam mit Organisationen wie der IG CSD Stuttgart e.V., dem Queerfeministischen Kollektiv Heidelberg, PLUS Rhein-Neckar e.V., Projekt 100% MENSCH und vielen weiteren Beteiligten haben sie mit politischen Gesprächen, offenen Briefen, Informationskampagnen und öffentlichen Protestaktionen auf die Problematik aufmerksam gemacht.

Auch wir als TransMann e.V. haben dieses wichtige Anliegen unterstützt. In unseren Regionalgruppen wurde auf die Petition aufmerksam gemacht und zur persönlichen Beteiligung aufgerufen. Darüber hinaus haben wir entsprechende Social-Media-Beiträge geteilt, um zusätzliche Aufmerksamkeit zu schaffen und die Reichweite der Initiative zu erhöhen.

Unser besonderer Dank gilt den Organisationen, Aktivist*innen und allen Unterstützer*innen, die sich vor Ort mit großem Einsatz für dieses Anliegen starkgemacht haben. Ihr Engagement zeigt, wie wichtig Zusammenhalt, gegenseitige Unterstützung und eine gemeinsame Stimme sind.

Doch es bleibt noch einiges zu tun: Die angekündigte Änderung muss rechtlich umgesetzt werden. Zudem bestehen weiterhin offene Fragen zur Übermittlung von Namensänderungen und zur bundesweiten Speicherung früherer Geschlechtseinträge.

Petition noch bis zum 17. November mitzeichnen!

Auch wenn die geplante automatische Weitergabe von Änderungen des Geschlechtseintrags an die Polizei inzwischen gestoppt werden soll, kann die Petition noch bis einschließlich 17. November 2026 mitgezeichnet werden.

Wer bisher noch nicht unterschrieben hat, kann das also weiterhin tun. Jede zusätzliche Mitzeichnung unterstreicht, wie wichtig der Community der Schutz sensibler persönlicher Daten und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sind.

Hier geht es direkt zur Petition:

Petition „Kein Zwangsouting von trans*, nicht-binären und inter* Menschen“ beim Landtag Baden-Württemberg mitzeichnen

Wir werden die weitere Entwicklung aufmerksam verfolgen. Denn Selbstbestimmung bedeutet nicht nur, über die eigene geschlechtliche Identität entscheiden zu können, sondern auch, dass persönliche und sensible Daten geschützt werden.

Dieser Teilerfolg macht Mut und zeigt: Wenn Menschen zusammenstehen, sich gegenseitig unterstützen und gemeinsam für ihre Rechte eintreten, können sie Veränderungen anstoßen.